

## Verkaufs- und Lieferbedingungen

KREMP WETZLAR Präzisionszahnräder Christian Kremp GmbH + Co. KG  
Hörnshheimer Eck 13a | D-35578 Wetzlar | Germany

### I. Allgemeines

Unsere nachstehenden allgemeinen Verkaufs- und Lieferbedingungen gelten für alle Verträge mit Unternehmern, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Sie werden Inhalt des Kaufvertrages. Entgegenstehende oder abweichende Einkaufsbedingungen oder sonstige Einschränkungen des Käufers werden nicht anerkannt, es sei denn, der Verkäufer hat ihnen im Einzelfall ausdrücklich und schriftlich zugestimmt.

### II. Angebote und Aufträge

1. Unsere Angebote sind bezüglich Preis, Menge, Lieferfrist und Liefermöglichkeit freibleibend.
2. Aufträge des Käufers werden für den Verkäufer durch schriftliche oder ausdrückliche Bestätigung des Verkäufers (auch Rechnungen oder Lieferscheine) verbindlich.
3. Der Mindestauftragswert beträgt 48,00 €.

### III. Berechnung

1. Unsere in den Angeboten enthaltenen Preise gelten ab Werk, ohne Verpackung, Skonto und sonstige Nachlässe zuzüglich Umsatzsteuer und sind auf die angegebenen Ausführungen beschränkt. Sie sind für Nachbestellungen unverbindlich.
2. Sofern wir von dem Käufer keine besonderen Versandanweisungen erhalten, wird die Versandart durch uns bestimmt.
3. Im Falle von erhöhten Lohn- und Kostenverhältnissen im Anschluss an eine verbindliche Bestellung behalten wir uns Preiserhöhungen vor, sofern der Liefertermin mehr als vier Monate nach Vertragsschluss liegt.

### IV. Bearbeitung

1. Eingesandte Teile, bei denen lediglich eine Verzahnung erfolgen soll, werden ohne gesonderte Vereinbarung nicht entgratet.
2. Die Verarbeitung von eingesandten Drehteilen oder Materialien kann nur erfolgen, sofern diese eine normale Bearbeitung zulassen. Ansonsten sind wir berechtigt die Preise zu erhöhen oder den Auftrag abzulehnen.
3. Bei der Bearbeitung entstehendes Abfallmaterial geht ohne Anspruch auf Wertersatz in unser Eigentum über. Hiervon ausgenommen ist durch uns verursachter Bearbeitungsausschuss, wenn die Ausschussquote je Stückzahl/Ausführung 5 % übersteigt. Der Wertersatz beschränkt sich in diesen Fällen auf die tatsächlichen, dem Besteller entstehenden Aufwendungen für Werkstoffe und Arbeitslohn.

### V. Zahlung

1. Zahlungen haben sofort und ohne Abzug zu erfolgen, sofern auf den Rechnungen kein anderes Zahlungsziel ausgewiesen ist.
2. Zahlungsanweisungen und Schecks werden nur nach besonderer Vereinbarung zahlungshalber angenommen.
3. Bestehen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit oder Kreditwürdigkeit, insbesondere durch Zahlungsverzug in der Vergangenheit, so können wir Vorkasse verlangen. Ist der Käufer trotz Aufforderung nicht zur Vorkasse oder einer anderen geeigneten Sicherheit bereit, sind wir zum Rücktritt berechtigt.
4. Wir behalten uns vor, Zahlungen zur Begleichung der ältesten fälligen Rechnungsposten zuzüglich der darauf aufgelaufenen Verzugszinsen und Kosten zu verwenden, und zwar in der Reihenfolge: Kosten, Zinsen, Hauptforderung.
5. Zurückbehaltungsrechte sowie Aufrechnungen dürfen nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen erfolgen.

6. Bei Überschreitung der Zahlungsziele berechnen wir Verzugszinsen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

### VI. Lieferung

1. Wir sind jederzeit bemüht, so rasch wie möglich zu liefern. Feste Lieferfristen bestehen nicht.
2. Soweit abweichend hiervon ein fester Liefertermin vereinbart ist, hat der Käufer im Falle des Verzuges für die Lieferung eine angemessene Nachfrist zu setzen.
3. Die Erfüllung des Vertrages erfolgt unter dem Vorbehalt der richtigen und rechtzeitigen Selbstbelieferung. Schadenersatzansprüche des Käufers wegen Überschreitung der Lieferfristen richten sich nach Ziffer XI.
4. Als Tag der Lieferung gilt der Tag, an dem die Ware das Werk oder Lager verlässt.
5. Die Versandverpackung wird zu Selbstkostenpreisen berechnet.
6. Jeglicher Versand von Waren erfolgt auf Rechnung und Gefahren des Empfängers nach dessen Vorgaben. Soweit solche nicht bestehen, bemühen wir uns, den nach den Umständen besten und preisgünstigsten Weg unter Einschluss einer Transportversicherung zu wählen.
7. Die Gefahr für Untergang, Verlust oder Beschädigung der Ware geht mit der Absendung oder im Falle der Abholung durch den Käufer mit deren Bereitstellung auf diesen über.

### VII. Vertragshindernisse

Höhere Gewalt jeder Art, unvorhersehbare Betriebs-, Verkehrs- oder Versandstörungen, Krieg, Terrorakte, Feuerschäden, Überschwemmungen, unvorhersehbare Arbeitskräfte-, Energie-, Rohstoff- oder Hilfsstoffmangel, Streiks, Aussperrungen, behördliche Verfügungen oder andere nicht zu vertretende Ereignisse, welche die Herstellung, den Versand oder die Abnahme verhindern, verringern, verzögern oder unzumutbar werden lassen, befreien für Dauer und Umfang der Störung von der Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme. Wird infolge der Störung die Lieferung und/oder Abnahme um mehr als 8 Wochen überschritten, so sind beide Teile zum Rücktritt berechtigt.

### VIII. Eigentumsvorbehalt

1. Die Ware geht erst dann in das Eigentum des Käufers über, wenn dieser seine gesamten Verbindlichkeiten aus der Geschäftsverbindung mit dem Verkäufer, einschließlich Nebenforderungen, Schadenersatzansprüche und Einlösung von Schecks und Wechseln erfüllt hat. Der Eigentumsvorbehalt bleibt auch dann bestehen, wenn einzelne Forderungen des Verkäufers in eine laufende Rechnung aufgenommen werden, der saldobezogen und anerkannt ist.
2. Der Verkäufer ist berechtigt, ohne Nachfristsetzung und ohne Rücktritt vom Vertrag die Vorbehaltsware vom Käufer herauszuverlangen, falls dieser mit der Erfüllung seiner Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer in Verzug ist. In der Rücknahme der Vorbehaltsware liegt ein Rücktritt vom Vertrag nur dann, wenn der Verkäufer dies ausdrücklich schriftlich erklärt. Tritt der Verkäufer vom Vertrag zurück, so kann er für die Dauer der Überlassung des Gebrauchs der Ware eine angemessene Vergütung verlangen.
3. Im Falle einer Verarbeitung der Vorbehaltsware wird der Käufer für den Verkäufer tätig, ohne jedoch irgendwelche Ansprüche wegen der Verarbeitung gegen den Verkäufer zu erwerben. Das Vorbehaltsvermögen des Verkäufers erstreckt sich also auf die durch die Verarbeitung entstehenden Erzeugnisse. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit Waren verarbeitet, die sich im Eigentum Dritter befinden oder wird die Vorbehaltsware mit Waren, die sich im Eigentum Dritter befinden, vermischt oder verbunden, so erwirbt der Verkäufer Miteigentum an den hierdurch entstehenden Erzeugnissen im Verhältnis der Rechnungswerte der Vorbehaltsware zum Vorbehaltswert der im Eigentum Dritter befindlichen Waren. Erfolgt die Verbindung oder Vermischung mit einer Hauptsache des Käufers, so tritt der Käufer schon jetzt seine Eigentumsrechte an dem neuen Gegenstand an den Verkäufer ab.
4. Der Käufer ist verpflichtet, die Vorbehaltsware für den Verkäufer sorgfältig zu verwahren, auf eigenen Kosten instand zu halten und zu reparieren, sowie in dem von einem sorgfältigen Kaufmann zu verlangenden Rahmen

auf eigenen Kosten gegen Abhandenkommen und Beschädigung zu versichern. Er tritt seine Ansprüche aus den Versicherungsverträgen hierdurch im Voraus an den Verkäufer ab.

5. Solange der Käufer seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Verkäufer ordnungsgemäß erfüllt, ist er berechtigt, im ordentlichen Geschäftsgang über die Vorbehaltsware zu verfügen; dies gilt jedoch nicht, wenn und soweit zwischen dem Käufer und seinen Abnehmern ein Abtretungsverbot hinsichtlich der Kaufpreisforderung vereinbart ist. Zur Verpfändung, Sicherungsübereignung oder sonstigen Belastung ist der Käufer nicht befugt. Beim Weiterverkauf hat der Käufer den Eigentumsübergang von der vollen Bezahlung der Ware durch seinen Abnehmer abhängig zu machen.

6. Der Käufer tritt hiermit alle sich aus einer Weiteräußerung der Vorbehaltsware ergebenden Ansprüche mit sämtlichen Neben- und Sicherungsrechten einschließlich Wechsel und Schecks im Voraus zur Sicherung aller für den Verkäufer gegen den Käufer aus der Geschäftsverbindung entstehenden Ansprüche an den Verkäufer ab. Wird Vorbehaltsware zusammen mit anderer Ware zu einem Gesamtpreis veräußert, so beschränkt sich die Abtretung auf den anteiligen Betrag der Rechnung des Verkäufers für die mitveräußerte Vorbehaltsware. Werden Waren veräußert, an denen der Verkäufer gemäß vorstehender Ziffer 3 einen Miteigentumsanteil hat, so beschränkt sich die Abtretung auf denjenigen Teil der Forderung, der dem Miteigentumsanteil des Verkäufers entspricht. Verwendet der Käufer die Vorbehaltsware zur entgeltlichen Veredelung von im Eigentum eines Dritten befindlichen Sachen, so tritt er hierdurch im Voraus zum vorgenannten Sicherungszweck seinen Vergütungsanspruch gegen den Dritten an den Verkäufer ab. Solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen fristgemäß nachkommt, ist er berechtigt, die Forderungen aus einem Weiterverkauf oder einer Veredelung selbst einzuziehen. Zu Verpfändungen und jedweden Abtretungen ist er nicht befugt.

7. Erscheint dem Verkäufer die Verwirklichung seiner Ansprüche gefährdet, so hat der Käufer auf Verlangen die Abtretung seinen Abnehmern mitzuteilen und dem Verkäufer alle erforderlichen Auskünfte und Unterlagen zu geben. Zugriffe Dritter auf die Vorbehaltsware und abgetretene Ansprüche hat der Käufer dem Verkäufer unverzüglich mitzuteilen.

8. Übersteigt der Wert der dem Verkäufer zustehenden Sicherungen die zu sichernde Forderung des Verkäufers gegen den Käufer um mehr als 20 %, so ist der Verkäufer auf Verlangen des Käufers insoweit zur Freigabe von Sicherheiten verpflichtet. Die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten erfolgt durch den Verkäufer.

## IX. Mängelrügen

1. Mängelrügen werden nur berücksichtigt, wenn sie unverzüglich schriftlich, spätestens jedoch innerhalb von 14 Tagen nach Empfang der Lieferung, erfolgen.

2. Bei verborgenen Mängeln muss die schriftliche Rüge unverzüglich nach Feststellung des Mangels erfolgen. Die Beweislast dafür, dass es sich um einen verborgenen Mangel handelt, trifft den Käufer.

3. Beanstandete Ware darf nur mit ausdrücklichem Einverständnis von uns zurückgesandt werden.

## X. Rechte des Käufers bei Mängeln

1. Die Mängelansprüche des Käufers sind zunächst auf das Recht zur Nacherfüllung beschränkt. Schlägt die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehl, so kann der Käufer den Kaufpreis mindern oder nach seiner Wahl von dem Vertrag zurücktreten. Schadenersatzansprüche nach Ziffer XI bleiben hiervon unberührt. Ansprüche des Käufers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Käufers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

2. Handelt es sich bei der Gewährleistung um einen Rückgriff des Käufers, nach dem dieser nach den Bestimmungen des Verbrauchsgüterkaufs erfolgreich in Anspruch genommen worden ist, bleiben die Rückgriffsansprüche aufgrund der Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf unberührt. Auf den Anspruch auf Schadenersatz findet Ziffer XI Anwendung.

3. Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer unverzüglich nach Kenntnis jeden in der Lieferkette aufgetretenen Regressfall anzuzeigen. Die

gesetzlichen Rückgriffsansprüche des Käufers gegen den Verkäufer bestehen nur insoweit, als der Käufer mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehende Vereinbarung getroffen hat.

4. Die Vereinbarung einer Garantie bedarf der Schriftform. Eine Garantierklärung ist nur dann wirksam, wenn sie den Inhalt der Garantie sowie die Dauer und den räumlichen Geltungsbereich des Garantieschutzes hinreichend bestimmt beschreibt.

5. Werden die verkauften Waren ohne die schriftliche Zustimmung des Verkäufers abgeändert, liegt die Beweislast für das Vorliegen eines Sachmangels bei Gefahrübergang bei dem Käufer.

## XI. Schadenersatz

1. Schadenersatzansprüche des Käufers – auch außervertraglicher Art – gegen den Verkäufer, seine Angestellten oder andere Erfüllungsgehilfen sind im Falle leicht fahrlässiger Pflichtverletzung des Verkäufers, seiner Angestellten und anderer Erfüllungsgehilfen ausgeschlossen, es sei denn, dass die Verletzung eine Pflicht betrifft, die für die Erreichung des Vertragszwecks von wesentlicher Bedeutung ist.

2. Für mittelbare sowie für im Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht vorhersehbare Schäden haftet der Verkäufer nur, wenn ein grobes Verschulden des Verkäufers, seiner leitenden Angestellten oder anderer Erfüllungsgehilfen vorliegt.

3. Die vorstehenden Beschränkungen gelten nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Zwingende gesetzliche Haftungsvorschriften wie z. B. die Haftung bei der Übernahme einer Garantie oder das Produkthaftungsgesetz bleiben unberührt.

## XII. Verjährung

Mängelansprüche verjähren nach einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn, es sei denn es handelt sich bei der Ware um eine Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat. In diesem Fall verjähren sie in zwei Jahren ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Zwingende gesetzliche Verjährungs- und Haftungsvorschriften wie z. B. die Haftung bei der Übernahme einer Garantie, die Haftung für vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln, für die Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und die Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf, bleiben unberührt.

## XIII. Beschaffenheit der Ware, technische Beratung, Verwendung und Verarbeitung

1. Als Beschaffenheit der Ware gilt grundsätzlich nur die in den Produktbeschreibungen, Spezifikationen und Kennzeichnungen des Verkäufers beschriebene Beschaffenheit.

2. Die anwendungstechnische Beratung des Verkäufers erfolgt nach bestem Wissen, gilt jedoch nur als unverbindliche Hilfe und befreit den Käufer nicht von der eigenen Prüfung der vom Verkäufer gelieferten Produkte auf ihre Eignung für die beabsichtigten Verfahren und Zwecke.

3. Im Rahmen von Sonderanfertigungen können Mengendifferenzen von 3 % auftreten. Diese gelten nicht als Mangel.

## XIV. Anwendbares Recht

1. Es gilt deutsches Recht. Die Anwendung des UN-Kaufrechtsübereinkommens wird ausgeschlossen.

2. Handelsübliche Klauseln sind nach den jeweils gültigen Incoterms auszulegen.

## XV. Erfüllungsort und Gerichtsstand

1. Erfüllungsort für sämtliche Verbindlichkeiten aus dem Vertragsverhältnis ist Wetzlar.

2. Gerichtsstand ist für beide Teile Wetzlar. Der Verkäufer ist darüber hinaus berechtigt, seine Ansprüche an dem allgemeinen Gerichtsstand des Käufers geltend zu machen.

## Conditions of Sales and Delivery

KREMP WETZLAR Präzisionszahnräder Christian Kremp GmbH + Co. KG  
Hörnsheimer Eck 13a | D-35578 Wetzlar | Germany

### I. General

Our general conditions of sale and delivery below apply to all agreements with companies, legal entities in public law and public fund assets and will become the contents of sales agreements. Any conditions of sale or other restrictions of the purchaser's that conflict with or deviate from those of the vendor will not be recognised unless the vendor has expressly consented to them in writing in individual cases.

### II. Quotes, orders

1. Our quotes are subject to change at any time with respect to price, quantity, delivery period and ability to supply.
2. Orders placed by the purchaser are binding on the vendor when confirmed in writing or otherwise confirmed expressly by the vendor (including invoices or delivery dockets).
3. The minimum value of an order is € 48.00.

### III. Invoicing

1. Our prices in our quotes apply ex works, excluding packaging, discounts or other price-reductions or value added tax and are restricted to the models, types or designs stated. They are non-binding for repeat orders.
2. If we receive no special shipping instructions from the purchaser, the method of shipping will be determined by us.
3. In cases where wages and/or costs increase following the placing of a binding order, we reserve the right to increase prices if the delivery date is more than four months after the date the agreement was concluded.

### IV. Processing orders

1. Parts sent in which are only intended to have gear-teeth made will not be deburred without special arrangement.
2. Processing of turned parts / swivels or materials which have been sent in can only be carried out if normal processing is possible. Otherwise, we will be entitled to increase prices or decline the order.
3. Waste material resulting from processing becomes our property without any entitlement to compensation for loss of value. An exception to this is waste material generated by us if the waste quota for the number of items/model or design exceeds 5%. In such cases, compensation for loss of value will be limited to the actual costs accruing to the customer for labour and materials.

### V. Payment

1. Payment is to be made immediately and without deduction if no other payment period is stated on the invoice.
2. Money orders and cheques will only be accepted as payment by special arrangement.
3. If there is any doubt concerning the liquidity or creditworthiness of a customer, in particular in respect of arrears of payment in the past, we may request payment in advance. If the purchaser is not prepared to pay in advance in spite of being requested to do so or to provide other means of security, we will be entitled to cancel the agreement.
4. We reserve the right to use payments to settle the oldest due invoice items plus the accumulated interest on arrears and costs in the following order: costs, interests, principal claim.
5. Rights of retention and offsetting will only be permitted in the case of undisputed or legally determined claims.
6. Where payment periods are exceeded, we will charge interest on arrears as provided by law.

### VI. Delivery

1. We make efforts at all times to make deliveries as quickly as possible. There are no fixed delivery periods.
2. If a firm delivery date has been agreed to in deviation from this provision, the purchaser will, in the case of delay, be required to set an appropriate extension period for delivery.
3. Fulfilment of the sales agreement will be subject to correct and timely delivery to us by our own suppliers. Compensation claims on the part of the purchaser for exceeding the delivery period will be oriented to paragraph XI.
4. The delivery date will be the day on which the goods leave the plant or the warehouse.
5. Packaging for goods shipped will be invoiced at cost.
6. Every shipment of goods is made on account and at the risk of the consignee in accordance with its instructions. If there are no such instructions, we will make efforts to select the best and cheapest route in the circumstances, including taking out a transport insurance policy.
7. The risk of destruction and loss of or damage to the goods transfers to the purchaser on being dispatched or, where the goods are collected by the customer, when made available to the purchaser.

### VII. Contractual impediments

Acts of God of all kinds, unforeseen operational, transport or shipping disruptions, war, acts of terrorism, damage by fire, flooding, unforeseeable shortages of labour, energy, raw materials or ancillary materials, strikes, lock-outs, official instructions or other events for which we are not responsible and which impede, diminish, delay or make unreasonable production, shipping or acceptance, release us from the obligation to deliver or accept the goods for the duration and extent of the disruption. If, as the result of the disruption, delivery and/or acceptance periods are exceeded by more than eight weeks, both parties will be entitled to cancel the agreement.

### VIII. Retention of Title

1. The goods will not become the property of the purchaser until the latter has fulfilled all its obligations arising from the business relationship with the vendor, including ancillary claims, compensation claims and the honouring of cheques and bills of exchange. Retention of title will also remain in force if individual claims by the vendor are recorded in an open invoice which is balance-related and has been recognised.
2. The vendor is entitled to demand the return of the goods subject to retention of title from the purchaser without setting a subsequent settlement date and without cancelling the agreement if the purchaser is in arrears with the fulfilment of its obligations to the vendor. If the vendor takes the goods back, the vendor may only cancel the agreement if it so expressly declares in writing. If the vendor cancels the agreement, it may demand appropriate remuneration for the period in which the goods were used.
3. If the goods subject to retention of title are processed, the purchaser will become active for the vendor but without acquiring any claims against the vendor resulting from processing. In other words, the vendor's goods acquired subject to retention of title extends to the products resulting from processing. If the goods subject to retention of title are processed together with goods belonging to third parties or if the goods subject to retention of title are mixed or combined with goods belonging to third parties, the vendor will acquire joint ownership of the resulting products as a proportion of the invoice value of the goods subject to retention of title in relation to the value of the goods subject to retention of title belonging to third parties. If the goods are mixed or combined with principal goods belonging to the purchaser, the purchaser assigns now and immediately its rights of ownership over the new item to the vendor.
4. The purchaser is obliged to store the goods subject to retention of title for the vendor carefully, to maintain and repair them at its own expense and to insure them at its own expense against loss and damage to the extent required of a prudent merchant. It assigns its claims resulting from the insurance policies to the vendor in advance.
5. As long as the purchaser duly fulfils its obligations to the vendor, it will be entitled to dispose of the goods subject to retention of ownership in

the normal course of business; however, this will not apply if and when a prohibition of assignment has been agreed to between the purchaser and its customers in respect of the claims relating to the purchase price. The purchaser is not authorised to pledge the goods, transfer them by way of security or encumber them in any other way. When reselling the goods, the purchaser is required to make the transfer of ownership dependent on full payment of the goods by their buyer.

6. The purchaser hereby assigns to the vendor all claims arising from a resale of the goods subject to retention of title with all ancillary and security rights, including bills of exchange and cheques in advance to secure all claims arising from the business relationship for the vendor against the purchaser. If goods subject to retention of title are sold together with other goods at a lump-sum price, the assignment will be restricted to the proportion of the vendor's invoice for the goods subject to retention of title sold with the other goods. If goods of which the vendor has joint ownership pursuant to No. 3 above are sold, the assignment will be restricted to that part of the claim corresponding to those goods of which the vendor has joint ownership. If the purchaser uses the goods subject to retention of title to refine items owned by a third party for payment, in doing so it assigns to the vendor in advance its claim to payment against the third party for the aforementioned security purpose. As long as the purchaser fulfils its payment obligations in a timely manner, it will be entitled to collect the claims from the resale or refining itself. It is not entitled to pledge or make any other assignments.

7. If it appears to the vendor that the realisation of its claims is threatened, the purchaser will, when requested, be obliged to inform its customers of the assignment and to give the vendor all necessary information and documentation. The purchaser is obliged to inform the vendor immediately of any access by third parties and assigned claims to the goods subject to retention of title.

8. If the value of the securities owed to the vendor exceeds the vendor's claim against the purchaser for which security is required by more than 20 %, the vendor will, at the request of the purchaser, be required to release securities. The selection of the securities to be released will be made by the vendor.

#### **IX. Notification of defects**

1. Notification of defects will only be recognised if they are made immediately, in writing and no later than 14 days after receipt of the delivery.
2. In the case of concealed defects, the written complaint must be made immediately after the defect has been discovered. The onus is on the purchaser to prove that the defect is concealed.
3. Goods which are the subject of a complaint may only be returned with our express consent.

#### **X. Rights of the purchaser in cases of defects**

1. The purchaser's claims for defects will be restricted initially to the right to supplementary performance. If supplementary performance by the vendor fails, the purchaser may reduce the purchase price or, at its option, cancel the agreement. Damages claims in accordance with No. XI remain unaffected. Claims by the purchaser due to the expenses required for the purpose of supplementary performance, in particular the cost of freight, other transport, labour and materials, will not be recognised if the costs increase because the item delivered has subsequently been shipped to a place other than the purchaser's branch unless such shipping corresponds to the item's intended use.
2. If the guarantee is connected with recourse by the purchaser according to which a claim has been successfully made against the purchaser in accordance with the provisions of the purchase of consumer goods, the rights of recourse will remain unaffected due to the regulations on the purchase of consumer goods. No. XI applies to claims for damages.
3. The purchaser is required to notify the vendor immediately after becoming aware of every case of recourse occurring in the supply chain. The purchaser will only have statutory rights of recourse against the vendor provided the purchaser has made no arrangements with its customer over and above the statutory claims for defects.
4. The agreement to a guarantee must be in writing. A guarantee declaration is only legally valid if it describes sufficiently precisely the content of the guarantee and the duration and geographical scope of the protection afforded by the guarantee.

5. If the goods are sold in altered form without the written consent of the vendor, the onus of proof of the existence of a material defect at the moment of the transfer of risk rests with the purchaser.

#### **XI. Compensation**

1. Compensation claims on the part of the purchaser – including of a non-contractual nature – against the vendor, its employees or other assistants, will not be recognised in cases of slightly negligent breach of obligations on the part of the vendor, its employees or other assistants unless the breach affects an obligation which is of major significance for achieving the purpose of the contract.
2. The vendor is only liable for indirect and unforeseeable damage at the time the agreement was concluded where the vendor, its senior employees or other assistants are guilty of gross negligence.
3. The aforementioned restrictions do not apply to damage resulting from death, physical injury or harm to human health. Compulsory statutory provisions on liability regarding such as liability in accepting a guarantee or the provisions of the German Product Liability Act, remain unaffected.

#### **XII. Expiry of claims**

Claims for defects expire one year after the beginning of the statutory expiry period unless the goods are of a kind that has been used for a building in accordance with their customary manner of use and has caused their defective condition. In this case, claims for defects expire two years from the beginning of the statutory expiry period. Compulsory statutory expiry and liability provisions such as liability on accepting a guarantee, liability for wilful and grossly negligent actions, for causing death or physical injury or harming human health, breaching essential contractual obligations, liability within the meaning of the German Product Liability Acts and the regulations on the purchase of consumer goods remain unaffected.

#### **XIII. The inherent nature of the goods, technical advice, use and processing**

1. The inherent nature of the goods is essentially deemed to be only that inherent nature described in the vendor's descriptions of the products, specifications and markings.
2. The vendor's advice on how to use the products is given to the best of the vendor's knowledge but is only deemed to be non-binding assistance and does not exempt the purchaser itself from examining the products supplied by the vendor for their suitability for the intended processes and purposes.
3. Differences in quantity of 3 % may occur in specially-made goods. These are not deemed to be defects.

#### **XIV. Applicable law**

1. German law applies. The provisions of the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) do not apply.
2. Clauses customary in the trade are to be interpreted in accordance with the applicable Incoterms.

#### **XV. Place of fulfilment and place of jurisdiction**

1. The place of fulfilment for all obligations arising out of the contractual relationship is Wetzlar.
2. The place of jurisdiction for both parties is Wetzlar. The vendor is also entitled to assert its claims at the purchaser's general place of jurisdiction.